

## Missmut der Kommission ist verflogen

**Kantonsfinanzen** Ordentlich gescholten wurde die Basler Regierung vor Jahresfrist, weil sie im Kantonsbudget 2010 den Aufwand um 3 Prozent wachsen liess. Dieser Missmut ist im Hinblick auf den Voranschlag 2011 verflogen: Die Regierung ist auf den selbst auferlegten Pfad von 1,5 Prozent Kostenwachstum zurückgekehrt – was die Mitglieder der grossrätlichen Finanzkommission (FKom) gestern vor den Medien lobten. Eine Mehrheit der FKom erwartet von der Regierung aber, dass sie 2012 und 2013 das zu hohe Wachstum des laufenden Jahres mit Minderausgaben kompensieren wird.

### Milliarde neuer Schulden bis 2014

Am Budget 2011 hat die Kommission kaum etwas zu mäkeln: Dieses sieht in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von 45,6 Millionen Franken vor. Die FKom hat am Voranschlag der Regierung nur kleine Retuschen vorgenommen. FKom-Präsident Baschi Dürr (FDP) ist zuversichtlich, dass die Zahlen für 2011 näher bei der Realität sein werden, als dies in den letzten Jahren der Fall war. Das Jahr 2010 ist zu pessimistisch veranschlagt worden, was Finanzdirektorin Eva Herzog bereits eingeräumt hat. Unter dem Strich könnte die Rechnung – unter anderem dank Einmalfaktoren wie nicht gebrauchten Rückstellungen für die Pensionskasse – um eine halbe Milliarde bes-

ser ausfallen als geplant. «Das ist viel Geld», kommentierte Dürr.

Viel Geld, das der Kanton im Hinblick auf die sich abzeichnende Verschlechterung der Finanzlage gut brauchen kann: Bis Ende 2014 droht der Stadtkanton bis zu einer Milliarde Franken neuer Schulden anzuhäufen. Grund sind die hohen Investitionen. Eine derart verursachte Verschuldung sehe er nicht als negativ an, kommentierte FKom-Mitglied und CVP-Fraktionschef André Weissen. «Andere Kantone bessern ihre Zahlen auf, indem sie Investitionen auf die lange Bank schieben», so Weissen. SVP-Präsident Sebastian Frehner stellte umgehend klar, dass dies die persönliche Meinung von Weissen sei.

### 16 neue Stellen für Gerichte

Im Streit um die Personalaufstockung bei den Basler Gerichten im Zusammenhang mit der Justizreform stützt die FKom die Haltung der Regierung: Diese will die Hälfte der Forderungen der Gerichte erfüllen und für 2011 knapp 16 neue Stellen bewilligen. Dies schlägt mit 6,7 Millionen Franken zu Buche. Es sei schwierig zu beurteilen, in welchem Bereich wirklich neue Stellen nötig seien, kommentierte FKom-Mitglied Patricia von Falkenstein (LDP). «Die Haltung der Regierung erscheint uns richtig. Wir müssen die Situation bei den Gerichten genau weiterverfolgen», sagte von Falkenstein. (HAJ)

## SP will Religionsunterricht für alle

**Integration** Die SP fordert einen obligatorischen Religionsunterricht an den Basler Schulen. Zudem sollen in einer Klasse nicht mehr als 40 Prozent der Schüler dieselbe Sprache sprechen.

VON HANS-MARTIN JERMANN

Die Basler SP präsentiert ihr neues Positionspapier zur Integrationspolitik nicht ganz zufällig kurz vor der Abstimmung zur Ausschaffungsinitiative: «Probleme exportieren ist nicht der richtige Ansatz», findet SP-Chef Martin Lüchinger. Seine Partei trete an gegen die Angst vor dem Fremden und biete Lösungen für Probleme mit den hier lebenden Ausländerinnen und Ausländern an.

Das Papier, das den Basler Genossen nächsten Montag an der DV vorgelegt wird, enthält einige Forderungen, die in Basel zu reden geben dürften. Alleine die Tatsache, dass sie von der grössten Partei im Stadtkanton stammen, verleiht ihnen Gewicht. Gewisse Ideen sind in bereits bestehenden Vorstössen enthalten, die im Grossen Rat von Vertretern anderer Parteien eingegeben wurden. Andere dürften in nächster Zeit von SP-Grossräten lanciert werden.

Eine Übersicht über die wichtigsten Forderungen:

- In der obligatorischen Schulzeit soll es keine Schulklassen geben, in welchen über 40 Prozent der Schüler dieselbe Fremdsprache sprechen. Im Matthäus- und im Gundelinger-Quartier gebe es – vor allem im Kindergarten – einige Klassen, die einseitig mit türkischen Kindern oder solchen aus Ex-Jugoslawien zusammengesetzt seien, hat SP-Grossrat Mustafa Atici beobachtet. Diese Einseitigkeit sei das Problem – nicht alleine der hohe Ausländeranteil: «Kommen die Kinder aus sieben Nationen, so ist die Lingua franca Deutsch», sagt Tim Cuénod, Koordinator des Papiers.
- An den Schulen braucht es einen obligatorischen Ethik- und Religionsunterricht, der von allen Kin-

### «Die Probleme exportieren ist nicht der richtige Ansatz.»

Martin Lüchinger, SP-Präsident

dern besucht wird. Dieses neue Gefäss soll den bisherigen freiwilligen Religionsunterricht ablösen. Das Wissen über andere Religionen fördere das gegenseitige Verständnis, argumentiert die SP.

- Einbürgerungen sollen erleichtert werden. Die SP verlangt, die kantonale Wohnsitzfrist (auf zwei Jahre)

als auch die Einbürgerungsgebühren deutlich zu senken. Im Stadtkanton ist die Eingebürgerten-Quote im Vergleich zu anderen Kantonen überraschend tief. «Die Praxis ist in Basel nicht so liberal, wie viele meinen», sagt Cuénod. Unter den 62 000 Ausländern im Stadtkanton seien über die Hälfte «Papierli-Ausländer» – also solche, die seit über 15 Jahren hier leben und längst einbürgerungsberechtigt wären. Für viele unter ihnen fehle der Anreiz, sich einbürgern zu lassen.

- Migrantinnen brauchen einen besseren Rechtsschutz: Heute laufen viele Ehefrauen und andere Familienangehörige Gefahr, ihre Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, wenn sie ihre Ehemänner wegen begangener Straftaten wie häuslicher Gewalt anzeigen. Der Aufenthaltsstatus vieler männlicher Ausländer sei höher (C-Bewilligung) als jener ihrer Frau (B-Bewilligung).
- Öffentliche Sicherheit: Die SP fordert eine verstärkte Polizeipräsenz an Ausgangs- und Freizeitororten: «Unangenehme Erfahrungen mit Jugendbanden führen mitunter zu Fremdenhass», sagt Jungsozialist Cuénod. Eine pauschale Aufstockung des Polizeikorps, wie dies die SVP-Initiative verlange, sei nicht nötig, sagt Lüchinger. «Wir haben genügend Polizisten. Wichtig ist, dass sie öffentlich sichtbar sind.»



KENNETH NARS

## Hoher Besuch aus Bundesbern: Bundesrat Didier Burkhalter überreicht Daniel Loss den «Schweizer Nobelpreis»

Der Basler Physiker und Uniprofessor Daniel Loss (rechts) erhielt gestern mit dem Marcel-Benoist-Preis den wichtigsten Wissenschaftspreis der Schweiz. Um Loss diese Ehre zu erweisen, reiste Bundesrat Didier Burkhalter (Mitte) – in diesem Fall in der Rolle als Vorsitzender der Marcel-Benoist-Stiftung – aus Bundesbern in die Aula der Universität

an. Daniel Loss wird mit dem mit 50 000 Franken dotierten «Schweizer Nobelpreis» unter den Wissenschaftlern aufgrund seiner bahnbrechenden Arbeiten zur Physik des Quantencomputers ausgezeichnet. 1998 hatte der 52-Jährige ein Konzept zur Realisierung dieses «Superrechners» vorgeschlagen und mit einem zwölfköpfigen Team ausge-

baut. Seit 1996 ist Daniel Loss an der Universität Basel Professor für Theoretische Physik. Der Marcel-Benoist-Preis wird seit dem Jahr 1920 verliehen – mit Loss geht der Preis insgesamt zum 13. Mal an einen Wissenschaftler der Uni Basel. Uni-Direktor Antonio Loprieno (l.) hielt bei der Verleihung des Marcel-Benoist-Preises die Eingangsrede. (BZ)

## Nachrichten

### Asbest Museums-Räume müssen saniert werden

Da einige Räume im Naturhistorischen Museum Spritzasbest enthalten, schliesst das Museum im Januar 2011 einige Dauerausstellungen. Zu diesem Schluss sind die Museumsverantwortlichen nach einem Gespräch mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) gekommen. Gemäss AWA muss in einigen Räumen umgehend eine Sanierung vorge-

nommen werden. Betroffen sind die Ausstellungen «Bär & Luchs», «Fink & Star» sowie die Ausstellung zur Mineralogie «Pyrit & Bergkristall» und «Gold und Rubin». Nach den Sanierungsarbeiten können die Ausstellungsräume wieder benutzt werden. Wann die Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, ist noch unklar. (BZ)

### RKK Basler Katholiken verschieben Sparrunde

Der Kirchenrat der Synode der römisch-katholischen Kirche Basel-Stadt schlägt eine Verschiebung der näch-

sten Sparrunde von 2012 auf 2015 vor. Dies, weil die erste Sparrunde ihre Wirkung gezeigt habe und die Steuereinnahmen besser ausgefallen seien, als prognostiziert wurde, schreibt der Kirchenrat. Die nächste Sparrunde, die eine Reduktion von 7,5 Prozent betragen wird, soll von der Synode 2013 beschlossen werden. (BZ)

### Klavierrezital Kevin Kenner spielt Chopin

Die Chopin-Gesellschaft in Basel hat für ein Konzert den US-amerikanischen Pianisten Kevin Kenner einge-

laden. Er spielt am kommenden Sonntag im Hans-Huber-Saal (17.00) des Stadtcasinos ein reines Chopin-Programm. Kenner ist Preisträger des internationalen Chopin-Wettbewerbes in Warschau und feierte Erfolge in den USA, Kanada und Europa. Er ist Professor für Klavier am Royal College of Music in London. (BZ)

### Weil am Rhein Einkaufszentrum wird «Stadtquartier»

Am Dienstag stellten die beiden verbliebenen Investoren ECE und MAB im Weiler Gemeinderat ihre Projekte

zur Überbauung des Europaplatzes vor. Geplant sind bis zu 25000 Quadratmeter Verkaufsfläche in zwei grossen Gebäuden und 1200 Parkplätze. Die Haltestelle der Tramlinie 8 wird in den Komplex integriert. Die Fraktionen des Gemeindeparlaments reagierten gemäss Medienmeldungen unterschiedlich: Während FDP und Grüne Zweifel an der nötigen Kaufkraft der Regio haben, freut sich die SPD darauf, ein «neues Stadtquartier» zu schaffen. Im Frühjahr entscheidet das Parlament, welcher Investor zum Zuge kommt. ECE betreibt bereits das Basler Stücki. (BZ)